

Wer lässt das alles eigentlich zu?

Die BILD-Zeitung berichtet aktuell von einem internen Papier für die Mitglieder des CDU-Bundsvorstandes, in dem das Bundeskanzleramt die neueste Volte von Friedrich Merz in der Israel-Politik zu erklären versucht.

Neben vielen nachvollziehbaren aber auch absurden Begründungen, heißt es da: *„Die Grundlinien deutscher Israelpolitik bleiben unverändert.“*

Das wär schön, sieht aber nicht so aus

Neu sind zum Beispiel Sätze wie

„Diese Eskalation trägt auch zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland bei.“

Liebe Bundesregierung: Wer hat eigentlich die ganzen radikalen Palästinenser nach Deutschland einreisen lassen? Wer genehmigt eigentlich die antisemitischen Pali-Aufmärsche auf den Straßen deutscher Großstädte? Wer lässt palästinensische Judenhasser deutsche Universitäten chaotisieren? Wer ist machtlos gegen all diesen importierten Hass?

Ach halt, jetzt hab ich's: Das seid ja Ihr....

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit mit Ihrer Spnde auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder auf PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

„Was macht der da?“ Merz' Politikwende findet statt - aber in die schrecklich falsche Richtung

Die CDU-Kommunalpolitikerin Andrea Klieve aus NRW brachte den Sturm der Entrüstung innerhalb ihrer Partei gestern auf Facebook am besten von allen auf den Punkt:

„Merz war - wie im Wahlkampf oft beschworen - unsere „letzte Kugel“. Er hat selbst beschlossen, diese auf die eigene Partei zu feuern.“

Ein furchtbarer Fakt - wunderbar beschrieben.

Was macht der da? Dutzende Mails, unzählige WhatsApp-Nachrichten, erreichten mich gestern während des ganzen Tages in der Causa Merz. Eine Antwort hab ich nicht gefunden. Ich verstehe nicht, was da im Bundeskanzleramt gerade passiert. Warum Bundeskanzler Friedrich Merz offenbar intensiv am Vorbild

der heute bedeutungslosen DC (Demoracia Christiana/Italien) arbeitet.

Eine Politikwende werde er einleiten, hatte der Sauerländer versprochen. Und er hat sogar Wort gehalten. Nur leider ist diese Politikwende ganz anders, als wir alle uns das vorgestellt hatten mit der neuen Bundesregierung und Deutschland.

Dass eine deutscher Bundeskanzler aus der CDU einmal die Versorgung der Terror-Hamas, die bis heute auch deutsche Geiseln in ihrer Gewalt hält, sicherstellt, dass er nach Jahrzehnten deutscher Staatsräson - offenbar ohne Absprache mit seiner eigenen Partei - den Stopp der deutschen Waffenhilfe für Israel verfügt, und sich dafür öffentlich vom iranischen Botschafter in Deutschland und SED-Hofschranzen feiern lässt - nein, dass hätte ich nicht für möglich gehalten. Nicht in meinen schlimmsten politischen Alpträumen. Und ich will hier von der dämlichen „Brandmauer“ gegenüber der AfD (aber nicht den Kommunisten) vom Ja-Wort gegenüber der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch in der Causa Brosius, von gebrochenen Wahlversprechen (Schuldenbremse, Abschiebung, Steuererleichterung) noch gar nicht anfangen.

Die ersten Monate dieser Bundesregierung von Friedrich Merz sind ein einziges Desaster

Und nur einem paar Dutzend couragierter Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU ist es zu verdanken, dass wenigstens die jahrzehntelange Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in der zurecht hochemotionalen Abtreibungs-Thematik nicht im Handstreich gekippt wurde. Dabei ist gar nicht klar, wie es weitergeht. Die von der SPD ins Spiel gebrachten Namen neuer Kandidaten lassen alle Alarmglocken klingeln.

Was macht der da?

Ich weiß es nicht, ich verstehe es nicht, und ein bisschen schäme ich mich.

Weil ich im Februar zum ersten Mal nach 16 Jahren bei einer Bundestagswahl wieder die CDU gewählt habe. Damit hatte ich in den furchtbaren Merkel-Jahren irgendwann aufgehört.

Aber ich wollte und habe der Union wieder eine Chance gegeben.

Weil ich den alten Friedrich Merz noch kannte, den schneidigen Fraktionschef vor Merkel. Den mit den kernigen Reden im Bundestag, den Transatlantiker und Europäer, 100% loyal gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl, den Sozialistenfresser, der Steuererklärungen auf einem Bierdeckel abgeben lassen wollte. Aber diesen Mann gibt es nicht mehr.

Und das alles ist nicht nur eine Momentaufnahme

Es legt offen, wie groß die Probleme für bürgerliche Konservative tatsächlich geworden sind. Beim Thema Ukraine ist sichtbar, wie stark die politischen Ränder inzwischen geworden sind. 40 Prozent wollen die Ukraine Putin zum Fraß vorwerfen, 74 Prozent würden im Falle eines Angriffs auf Deutschland unser Land nicht verteidigen wollen. Der Schutz ungeborener Kinder im Mutterleib bröckelt. Bürokratieabbau, Digitalisierung, Zurückweisungen an den Grenzen - was ist damit?

Und verdammt nochmal: Was können Menschen wie ich jetzt überhaupt noch wählen?

P.S.: Klartext wie dieser ist auf Dauer nicht für umsonst zu haben. Bitte spenden Sie auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien...

Brosius-Gersdorf gibt auf

Die mehrere Dutzend Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU, die nicht mitspielen wollten, haben Erfolg gehabt. Frau Brosius-Gersdorf hat eben ihren Verzicht auf ihre Kandidatur fürs Bundesverfassungsgericht erklärt. Sie habe aus der Union mitgeteilt bekommen, dass man sie nicht wählen werde.

So, jetzt weitermachen mit Merz und BlackRock....

Oh Gott, sie hat Frau Weidel die Hand geschüttelt

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig ist schon immer unbequem für ihre Partei gewesen. Allerdings auch erfolgreich, sowohl für ihre Partei, als auch für die Bürger, die sie vertritt. Denn Saskia Ludwig verkörpert noch die alte CDU, bei der man wusste, woran man ist, bei der Verlässlichkeit, Wahlversprechen und Werte noch in Stein gemeißelt waren. Verständlich, dass das heute nicht mehr jedem gefällt in der Union. Aber die Union kann nur dann wieder in die Erfolgsspur zurückfinden, wenn sie engagierte Konservative wie die gebürtige Potsdamerin aushält.

Nicht zum ersten Mal ergießt sich gerade wieder ein medialer Shitstorm über Frau Ludwig. Was hat sie getan? Obst im Edeka geklaut? Eine alte Frau mit Rolator auf dem Gehweg geschubst? Eine Bank überfallen? Nein, stellen Sie sich das mal vor: Sie hat der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel die Hand geschüttelt.

Wahnsinn, oder? Die Hand geschüttelt und „Guten Tag“ gesagt

Eine deutsche Bundestagsabgeordnete, die einer anderen deutschen Bundestagsabgeordneten im Ausland (Ungarn) zufällig begegnet und „Guten Tag“ sagt. Na, wenn das kein gesicherter rechtsextremer Verdachtsfall für den Verfassungsschutz ist, oder?

Die Spitze der Unionsfraktion, lese ich heute Morgen, gehe auf Distanz zu ihrem Fraktionsmitglied Ludwig. Weil die Frau Weidel die Hand geschüttelt hat beim konservativen ungarischen ThinkTank MCC. Und weil das leider auf einem Foto festgehalten wurde, wird passend gerade ein schöner Skandal zusammengebastelt.

+++Unterstützen Sie unser publizistische Arbeit durch Ihre Spend auf das Konto DE04 1001 1001 2631 1418 14 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien+++

Denn die künstliche Empörung gerade ist nichts weiter als eine Retourkutsche für das Scheitern der SPD-Richterkandidatin Brosius-Gersdorf.

So einfach kann Politik sein

Als bekannt wurde, was für eine Richterkandidatin die Sozialdemokraten da aufboten, war Saskia Ludwig die erste CDU-Abgeordnete, die Frau Brosius-Gersdorf öffentlich als „für die Union nicht wählbar“ bezeichnete - und das auch in Fernsehinterviews. Wahrscheinlich hat sie mit ihrem öffentlichen Vorgehen auch andere Unionspolitiker motiviert, es ihr gleichzutun und den Anordnungen der Fraktionsführend zu widerstehen.

Und schwupps, was passiert? Genau. Aus heiterem Himmel werden Plagiatsvorwürfe gegen Ludwig laut. In ihrer Dissertation von 2007 gebe es mehrere Dutzend „nicht gekennzeichnete Übernahmen“, behauptet ein „Plagiatsexperte“ (was für ein Beruf oder?). Und die Universität Potsdam, wo zufällig die gestoppte SPD-Verfassungsrichter-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf lehrt, bestätigt wie auf Bestellung sofort, sie sehe einen „hinreichenden Anfangsverdacht“.

Allein die zeitliche Abfolge stinkt zum Himmel.

Aber das Händeschütteln mit Alice Weidel von der „Schwefelbuben-Partei“ AfD ist natürlich jetzt eine Maßvorlage, die widerspenstige CDU-Dame Saskia Ludwig aus dem Spiel zu drängen.

Sofort waren die üblichen Verdächtigen am Start

Die Grüne Jugend etwa verlangte den sofortigen Ausschluss von Ludwig aus der Bundestagsfraktion. Und man fragt sich unwillkürlich, was es die Grüne Jugend eigentlich angeht, was die Unionsfraktion macht oder nicht.

Und Brandenburgs CDU-Generalsekretär Gordon Hoffmann verweist gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“ noch einmal auf den CDU-Parteitagbeschluss, nach dem Koalitionen oder eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen seien. Was das allerdings damit zu tun hat, einer AfD-Abgeordneten die Hand zu schütteln, bleibt ein Rätsel.

Ich erinnere mich noch gut an das Händeschütteln vom Bundeskanzler Friedrich Merz mit der Linken-Fraktionschefin Heidi Reichennek im Bundestag. Die Linke ist ebenso wie die AfD unvereinbar nach Beschlusslage in der CDU.

Kleine Posse am Rande

Ein Jungpolitiker namens Gregory Gosciniak (24) aus dem brandenburgischen Michendorf lieferte das, was die Welt und die CDU garantiert nicht brauchen. Er nutzte clever die Chance, sich wichtig zu machen und gab eine öffentliche Erklärung ab für die Junge CDA, eine Untergruppe der sogenannten Sozialausschüsse in der Union. „Wir sagen Nein – zu jeglicher Form der Zusammenarbeit mit der AfD“, bekräftigte der forsche Jungpolitiker aus der brandenburgischen Provinz das, was ja die ganz CDU auch sagt. Als lokaler CDU-Vertreter aus Michendorf vertrete er „die CDU-Mitglieder, die Saskia Ludwig im Bundestag repräsentieren sollte“. Also der junge Herr Gosciniak aus Michendorf spricht hier für alle CDU-Mitglieder in Deutschland: Saskia Ludwig habe das Vertretungsrecht „jetzt endgültig verwirkt“. Und dagegen regt sich gleich auch Widerstand, denn wir erfahren, dass der „Mitgliederbeauftragte der JCDA“ gestern zurückgetreten ist – mutmaßlich aus Protest über Gosciniak. Gut, dass es in dieser traurigen Posse wenigstens noch etwas zu lachen gibt.

Weimer verbietet Gendern im Kanzleramt

Wolfram Weimer (CDU), Kultur-Staatsminister im Bundeskanzleramt, hat den 470 Mitarbeitern verboten, in sogenannter „Gender-Sprache“ Briefe und Nachrichten zu verschicken. Gegenüber der BILD sagte der Minister: „Beim Beauftragten für Kultur und Medien im Kanzleramt gelten die Regeln der deutschen Sprache. Im Kanzleramt wird in Briefen, E-Mails und Vermerken nicht gegendert. Statt Formulierungen mit Sternchen oder Binnen-I zu verwenden, begrüßen wir die Adressaten mit der Anrede 'sehr geehrte Damen und Herren'.“

In den links-woken Milieus ist die Empörung groß. Doch das ist Weimer egal:

„Erzwungenes Gendern spiegelt keineswegs wider, wie die überwiegende Mehrheit in unserem Land spricht. Vielmehr vertieft das Gendern die Spaltung unserer Gesellschaft. Sprache soll verbinden, nicht trennen.“ Und: „Deshalb lehne ich jede bevormundende Spracherziehung ab!“

Vor Weimer hatte auch schon Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) in einer neuen Hausordnung die klassischen deutschen Rechtschreibregeln wieder verbindlich angeordnet. Und in Markus Söders (CSU) Bayern ist das Gendern in den Behörden ohnehin schon verboten.

Verständnis für die Hamas-Mörder? Habt Ihr noch alle

Latten auf dem Zaun?

„Kulturschaffende“ haben einen offenen Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) geschrieben. Sie fordern darin: „Lassen Sie Gaza nicht sterben!“

Ich frage mich, warum sie das ausgerechnet an den Kanzler schreiben. Wie wäre es mal mit einem öffentlichen Appell an die Terrorbrüder von der Hamas, die für so viele Leid in Israel aber auch im Gazastreifen direkt verantwortlich sind?

Kein Zweifel, die humanitäre Lage in Gaza ist verheerend. Und wie immer leiden die ganz normalen Leute und ihre Kinder unter den Attacken. Natürlich darf man die Menschen nicht verhungern lassen, natürlich muss zumindest eine medizinische Grundversorgung hergestellt werden. Wer wäre denn dagegen?

Aber haben Sie die Internet-Videos gesehen von geklauten Lebensmittellastern, mit denen bewaffnete Hamas-Kämpfer auf den letzten befahrbaren Gaza-Straßen zu ihren Stützpunkten rasen? Humanitäre Hilfe? Das interessiert dieses Dreckspack nicht.

Die Hamas hat es selbst in der Hand

Am 7. Oktober 2023 starteten sie im Süden Israels eine umfangreiche „Spezialoperation“ und brachten 1200 Menschen auf bestialische Weise um: einfach Menschen, Frauen, Männer, Kinder. Wahllos. Sie filmten ihre Taten mit Handys und hatten erkennbar einfach Spaß, Juden umzubringen, so viele wie möglich.

+++Gefällt Ihnen unser Standpunkt zu Israel?+++Dann helfen Sie uns mit Ihrer Spende, weitermachen!+++DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien+++

250 Israelis wurden als Geiseln von der Hamas in den Gazastreifen verschleppt. Ein paar wurden entlassen, viele starben in der Haft. Die Übergabe der toten Israelis an deren Angehörige zelebrierten sie als Volksfest mit lauter Musik. Kaum etwas macht deutlicher, mit was für Bestien wir es bei den palästinensischen Mörderbanden zu tun haben.

Und was machen wir?

Wir lassen antisemitische Hass-Aufmärsche auf unseren Straßen zu. In der SPD beginnt gerade die Diskussion darum, einen Palästinenserstaat offiziell anzuerkennen - so wie Frankreich und Großbritannien das vorhaben.

Habt Ihr noch alle Latten auf dem Zaun? Wollt Ihr die belohnen, die morden und vergewaltigen?

Aber klar: Putin bringt in der Ukraine auch Hunderttausende um, und unsere Appeaser wollen ihn dafür mit großen Geländegewinnen belohnen.

Die Hamas ist eine der übelsten Terrororganisationen auf der Welt. 1928 aus der radikalislamischen Muslimbruderschaft entstanden – so wie Al Kaida auch. Die Hamas leugnet, dass es den Holocaust gegeben hat. Unzählige Tote gehen auf ihr Konto, aber die Vereinten Nationen sind nicht einmal in der Lage, die Hamas für ihr Gemetzel vom 7. Oktober zu verurteilen bzw. sie namentlich im Aufruf zum Waffenstillstand zu benennen.

Wir, der Westen, sind ein zahnloser Tiger geworden über Jahrzehnte

Und jetzt, da die Situation global immer ernster wird, sind wir nicht nur nicht in der Lage, uns aufzuraffen, und konsequent zu handeln. Wir lassen zu, dass in Deutschland Spenden gesammelt werden für die Hamas, wir lassen zu, dass sogenannte Flüchtlinge aus Palästina hier gegen Israel demonstrieren und ihren Hass gegen alle Juden herausschreiben und Polizisten angreifen und verletzen.

Wir lassen das alles laufen, radikale palästinensische Studenten, die Hörsäle stürmen und Universitäten in Deutschland besetzen. Und die, wie die gesamte Palästinenser-Brut Israel absprechen, überhaupt ein Lebensrecht zu haben. Der einzigen Demokratie im Nahen Osten, unseren Freunden und Verbündeten, gewachsen aus der leidvollen Geschichte fast eines ganzen Jahrhunderts.

Und wir schreiben Briefe an den Bundeskanzler – der sowieso bei dem Thema viel zu wankelmütig ist – damit er nicht so böse mit den armen Mördern in Gaza umgeht.

„Querdenker“-Chef Michael Ballweg ist kein Betrüger: Was lernen wir aus diesem Prozess?

Es ist immer wieder schön zu sehen, dass unser Rechtsstaat auch im Jahr 2025 weiter funktioniert. Es gibt viele Beispiele dafür, wo staatlicherseits offenbar ganz andere Urteile erwartet, vielleicht gewünscht, wurden, aber unabhängige Richter unabhängig und frei geurteilt haben.

So wie heute das Stuttgarter Landgericht über den Gründer der sogenannten „Querdenken“-Bewegung, Michael Ballweg. Freispruch erster Klasse beim Betrugsvorwurf, Verurteilung wegen wirklicher Lappalien, wo offenbar Kleineinkäufe falsch gebucht wurden, wegen Steuerhinterziehung.

Dass einige Medien sind nicht entblöden, jetzt zu titeln, Ballweg sei wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden, und das mit dem Betrug ist nur ein Nebenaspekt, ist ein ärgerlichen Possenspiel. Es zeigt, wie notwendig heute Medienkritik in unserem Staat ist.

Der Angeklagte hatte ab 2000 den zivilen Widerstand gegen die staatlichen Anordnungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie organisiert und – erst in Stuttgart, später in ganz Deutschland – Hunderttausende erboste Bürger auf die Straßen gebracht. Schnell versuchte ein politisch-medialer

Komplex aus linken Pressuregroups und staatsgläubigen Medien Ballweg in die Ecke der Verschwörungstheoretiker und - wenig überraschend - Rechtsradikalen zu drängen. Das ist ganz einfach in dieser aufgeheizten Gesellschaft. Drei Idioten mit Q-Anon-Transparent gefilmt und abends in der ARD-Tagesschau ausgestrahlt, schon ist die Sache klar.

Und wenn einer rechter Verschwörer sein soll, dann findet man schnell einen Ansatzpunkt

Denn Ballweg rief seine Anhänger dazu auf, Geld zu spenden, um die bundesweiten Proteste finanzieren zu können. Tausende überwiesen insgesamt wohl fast eine Million Euro. Angeblich habe sich Ballweg die Hälfte davon privat eingesteckt, so der schnell kolportierte und von geneigten Medien transportierte Vorwurf, den dann die Staatsanwaltschaft aufgriff.

Die linksextreme Tageszeitung taz resümierte heute völlig zurecht:

„Von den ursprünglichen Vorwürfen des tausendfachen Betrugs, der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung bleiben am Ende eine Hundematte und ein Parfümflakon, die er falsch verbucht hatte. Der bis dahin unbescholtene Ballweg saß dafür neun Monate in Untersuchungshaft und wurde bei einer Vernehmung sogar mit Handschellen an einem Tisch fixiert.“

Denn Ballwegs Anwälte konnten gegenüber dem Gericht nachweisen, dass von den Spendeneinnahmen mindestens 843.111,68 Euro direkt in die Organisation der Proteste geflossen sind. Er selbst trug vor, dass er persönlich für seinen Kampf gegen die Corona-Maßnahmen 80.000 Euro privat draufgezahlt hat.

Der „Fall Ballweg“ wird uns weiter beschäftigen

Nicht nur wegen der teils beschämenden Berichterstattung heute im Mainstream, der die Steuerhinterziehung - es geht um insgesamt nicht einmal 20 Euro - aufbläst, als sei endlich ein notorischer Serienmörder gefasst worden, sondern auch, weil die Staatsanwaltschaft angekündigt hat, sie werde eventuell Rechtsmittel gegen den Freispruch einlegen.

Der Fall Ballweg wird uns auch weiter beschäftigen, weil exemplarisch vor unser aller Augen dokumentiert wird, wie eine politisch gebriefte Staatsanwältin gegen politische „Feinde“ in Stellung gebracht werden kann. So etwas kennt man aus Russland und anderen Unrechtsstaaten, aber sowas sollte in den freien Gesellschaften des Westens niemals möglich sein. Die Staatsanwältinnen in Deutschland sind weisungsgebunden, müssen ausführen, was die Politik will, wenn sie denn etwas will.

Tatsächlich sind es wieder einmal die Vereinigten Staaten, die vormachen, wie es besser geht. Ja, auch dort werden Staatsanwältinnen in bestimmten Fällen und einigen Bundesstaaten von der Regierung ernannt. Aber in der weit überwiegenden Zahl wählen die Bürger auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene die Staatsanwältinnen direkt. Die müssen sich rechtfertigen, was sie getan haben und wie sie ihr Amt in Zukunft ausüben gedenken. Transparenz nennt man das und Bürgerbeteiligung. Hier wird das in politischen Hinterzimmer-Runden ausgekungelt. Zeit, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen in Deutschland.

P.S. Bitte helfen Sie uns, unsere Arbeit weiter frei machen zu können+++Mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 +++Oder mit PayPal @Vers 1 Medien...

Dass Krah jetzt den Fischer macht, gefällt vielen Volksgenossen überhaupt nicht

„Die Zeit“, die „Frankfurter Rundschau“, der Berliner „Tagesspiegel“ – sie alle kriegen sich in diesen Wochen nicht darüber ein, dass die spannendste politische Diskussion außerhalb des tagesaktuellen Irrsinns in Deutschland ausgerechnet von ganz rechts kommt.

Das ist Maximilian Krah zu verdanken, einem schillernden Typen, Jurist aus Dresden (geboren in der Oberlausitz), einst CDU heute AfD. Und man kann viel über Herrn Krah denken und sagen, aber er ist ganz sicher nicht dumm.

Anders als viele Spitzenpolitiker der AfD hat der Sachse mit Sitz im Deutschen Bundestag begriffen, dass seine Partei trotz aller Wahlerfolge und glänzender Umfrageergebnisse keinen Millimeter voran kommt im bundesdeutschen Machtgefüge. Gern wird dann „das System“ bemüht, das „Kartell der Altparteien“ und natürlich die „Systemmedien“. Und, machen wir uns ehrlich: Die Art und Weise, wie die AfD im parlamentarischen Alltag und medial behandelt wird, ist einer freiheitlichen Demokratie unwürdig. Ich habe das in vielen Beiträgen hier und auch in Mainstreammedien kritisiert.

Dennoch gibt es immer zwei Seiten einer Medaille

Es gibt die offenkundige Benachteiligung der AfD, etwa wenn es um die personelle Besetzung des Bundestagspräsidiums und die Vorsitzenden parlamentarischer Fachausschüsse geht. Es gibt das Vorenthalten staatlicher Gelder für die AfD-nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung. Und über den alltäglichen Umgang im Hohen Haus gegenüber Politikern der AfD müssen wir gar nicht sprechen.

Aber Maximilian Krah hat erkannt, dass Gejammer und Wagenburg-Mentalität seine Partei nicht weiterbringen werden.

Selbst dann nicht, wenn sie irgendwie in Ostdeutschland, etwa nächstes Jahr in Sachsen-Anhalt, eine Mehrheit mit Wagenknechts Fußkranken des Weltsozialismus zusammenbekommen sollten.

Die AfD wird Paria und von jeglicher Machtbeteiligung in Deutschland ausgeschlossen bleiben, wenn sie sich nicht dem gemeinsamen *Common Sense* der Demokraten fügt. So ein paar wenige Punkte, wo klar ist, dass es nicht verhandelbar ist, wenn man eine irgendwie geartete Beteiligung an der Macht haben will. Israel und die gemeinsame Vergangenheit ist so ein Punkt. Höckes „Schuldskult“ und das „freundliche

Gesicht des NS“ in der Bundestagsfraktion sind da – sagen wir – nicht hilfreich, wenn man mit anderen Parteien ins Gespräch kommen will.

Der Streit um Maximilian Krah und seine absolut richtigen Überlegungen, dargebracht in einem Streitgespräch mit dem rechten Vordenker und Verleger Götz Kubitschek, zeigt das Dilemma rechts überdeutlich. „*Ich verstehe nicht, warum eine Partei, die 20 Prozent stemmt, ihre Agenda ändern soll*“, sagt Kubitschek und verliert dabei leider aus den Augen, dass es noch 80 Prozent andere in Deutschland gibt, die den völkisch-nationalen Kurs umso heftiger ablehnen und die AfD für immer weg von politischer Macht halten wird, wenn er und die seinen sich durchsetzen.

Bei der Grünen war es zu Beginn ganz ähnlich

Als die Ökosozialisten 1983 in den Bundestag einzogen, hätte niemand für möglich gehalten, welchen Siegeszug durch das politische Deutschland sie nach ihrer Häutung antreten würden und dass sie bis heute die politische Agenda weitgehend bestimmen in unserem Land. Den Weg dahin hat einst Joschka Fischer mit seinen Realos freigekämpft. Raus mit maoistischen Spinnern, weg mit der Kinderschänderfraktion, keine Sympathie für Terroristen und Gewalt bei gleichzeitiger Akzeptanz staatlicher Institutionen.

Und so war plötzlich möglich, was vorher undenkbar schien. Ausschussvorsitze, Präsidium, Geld, Teilhabe an der Macht, Dazwischen eine kleine Pizza-Connection.

Und die EU muss natürlich auch ganz anders werden, aber wenn man dabei mitreden will, muss man halt drin sein.

Die AfD schaffte es nach der vergangenen Europawahl nicht einmal, in die vorher gemeinsame Fraktion der europäischen Rechten aufgenommen zu werden. Und Krah ließen sie sogar nicht in die AfD-Delegation, obwohl er vorher Spitzenkandidat zur Wahl war. Müsste da nicht mal irgendwer in der AfD auf den Gedanken kommen, dass man vielleicht im eigenen Laden beginnen sollte, aufzuräumen?

Schweden, Italien, Niederlande und weitere – überall werden die Rechten inzwischen mit einbezogen, überall sitzen sie mit am Tisch, wenn Entscheidungen getroffen werden – selbst in Brüssel. Nur die AfD bleibt außen vor. Und das ist nicht nur die Schuld der anderen.

Die Wortmeldungen aus dem rechten Vorfeld der AfD gegen den eigenen Mann Maximilian Krah triefen mittlerweile vor Hass. Was hat er getan?

Er hat sich einfach mit der real existierenden deutschen Gesellschaft beschäftigt und nicht Wunschträume verfolgt, sondern gesagt: Was machen wir mit denen, die von Merkel reingelassen wurden und heute hier normal mit uns zusammen leben? Die Deutsch sprechen, arbeiten für ihren Lebensunterhalt, unsere Gesetze und Traditionen respektieren. Viele von denen sind froh, dass sie in Deutschland eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben und eine gute Zukunft für ihre Kinder haben.

Einfach immer nur „Remigration“ zu blöken und „alle raus“ ist sehr dünn

Über die anderen müssen wir nicht streiten. Messerstecher, Terroristen, Gruppenvergewaltiger und auch Arbeitsverweigerer müssen raus. Alle. So schnell wie möglich, da gibt es unter Menschen, die jeden Tag den Alltag hierzulande erleben, überhaupt keinen Dissens.

Aber warum soll die Pflegerin aus Polen, die Kellnerin aus der Ukraine oder der Bäcker aus Eritrea unbedingt „remigriert“ werden, wenn wir diese Leute aus eigenem deutschen Interesse unbedingt brauchen?

Die Debatte, die Krahn angestoßen hat, ist das Wichtigste, was er derzeit in der AfD zu besprechen gäbe.

Und ja, alle sprechen drüber, aber viele eben unter dem Gesichtspunkt, wie man den unbequemen aber klugen Kopf rauskegeln kann. Die große Debatte in der AfD, ob sie sich selbst genügt mit all den schönen Mandaten und Mitarbeiterstellen, mit Diäten und Altersversorgung, oder ob sie den Willen zur demokratischen Teilhabe und echter Politikwende für Deutschland hat, die hat gerade erst begonnen.

Gewaltige Chancen und Risiken: Künstliche Intelligenz wird unser aller Leben dramatisch verändern

Ist KI für Sie persönlich ein Thema? KI - Künstliche Intelligenz - oder wie es eigentlich weltweit heißt AI (artificial intelligence) ist ein Teilgebiet der Informatik, das unser Leben erleichtern soll und auch kann. Was viele junge Leute faszinierend finden, ist dass diese Systeme fähig sind, ihre Fähigkeiten eigenständig anzupassen und weiterzuentwickeln, also nicht nur wie bei den üblichen Computern einfach nur auszuführen, was zuvor programmiert wurde.

Uns Ältere fasziniert das auch, gleichzeitig bereitet es uns aber auch Sorgen

Denn wir haben Terminator und Matrix gesehen. Was, wenn ein allumfassendes globales Computersystem sich eines Tages verselbständigt und ganz ohne Menschen macht, was es für richtig hält?

+++Was nichts kostet ist nix+++Unterstützen Sie unsere journalistische Arbeit mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++Oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien+++

Und während wir uns noch darüber den Kopf zerbrechen, ob zum Beispiel Journalisten oder Autoren überhaupt noch gebraucht werden, wenn ein KI-System die Artikel anstelle unsereins verfasst, denken sie an den Universitäten und in Hackerclubs weltweit an die schöne neue Welt, wenn sie denn eine wird.

Ich war 2009 in Begleitung eines deutschen Politikers als Journalist mit zu einem Besuch an der Harvard Universität, die man wohl zurecht als eine der besten Lehr- und Forschungsstätten der Welt bezeichnen darf. Damals wurden uns zwei Projekte vorgestellt und vorgeführt. Bei dem einen ging es um das Konzept der „Smart Cities“ und die tatsächlich überaus spannende Frage: Wie vermeidet man den gewaltigen Verlust an Lebenszeit, der einem Arbeiter in einer großen Fabrik in Taipeh über Jahre dadurch entsteht, dass er jeden Tag nach Schichtende eine Stunde lang auf dem riesigen Fahrradparkplatz des Unternehmens nach seinem Zweirad suchen muss, um damit nach Hause zu fahren?

Das andere Projekt zeigte, wie Roboter, künstliche Maschinen, auf Ansprache ihren Gesichtsausdruck veränderten, also durch unsere Stimmmodulation „begriff“, ob er jetzt freundlich lächeln oder ein trauriges Gesicht machen muss. Glauben Sie mir, da stehen sie daneben und denken: Das gibt's doch gar nicht.

Aber inzwischen gibt es noch ganz andere Sachen

Ich habe einfach mal die KI gefragt und folgendes wurde sofort ausgespuckt:

„Künstliche Intelligenz (KI) birgt eine Vielzahl von Risiken und Gefahren, die sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt haben können. Zu den Hauptbedenken gehören die Verbreitung von Falschinformationen und Manipulationen, die Konzentration wirtschaftlicher Macht bei wenigen Unternehmen, der Verlust von Arbeitsplätzen, Datenschutzbedenken und ethische Fragen. Darüber hinaus gibt es auch Sicherheitsrisiken und die Gefahr, dass KI für militärische Zwecke missbraucht wird.“

Und das ist der Grund, warum die USA, die EU und zunehmend auch der Deutsche Bundestag beginnen, das Thema ernst zu nehmen. 2024 haben sie ein KI-Gesetz beschlossen, das den Einsatz Künstlicher Intelligenz für die Mitgliedsstaaten verbindlich regeln soll. Das ist wirklich mal etwas Sinnvolles, wo europäische Zusammenarbeit gefragt ist.

Gestern wurde bekannt, dass ein deutsches KI-StartUp aus Düsseldorf namens Cognigy von einem Ami-Konzern für 955 Millionen US-Dollar gekauft worden ist. Der Kaufbetrag für das 250-Mitarbeiter-Unternehmen wurde einfach überwiesen vom laufenden Geschäftskonto. Eine Finanzierung durch eine Bank brauchte es bei so einer läppischen Summe nicht.

Mit 170 Millionen US-Dollar Risikokapital wurde Cognigy einst gegründet, einer der Eigentümer ist übrigens Axel Springer. Jetzt vor dem Börsengang ist Cognigy bereits eine Milliarde wert. KI ist die Zukunft, ob wir das wollen oder nicht, machen wir das Beste daraus!

Als ich vor fast 30 Jahren in Freiburg für den Badischen Verlag arbeitete, gab es da bei der Zeitungsproduktion noch sogenannte Metteure, das waren Schriftsetzer, die an Leuchttischen standen und mit einem scharfen Messer („Cutter“) die Seiten für den Druck manuell vorbereiteten. Einer der schon älteren Kollegen, den ich besonders in Herz geschlossen hatte, hantierte beim

Seitenaufbau mit seinem Schneidewerkzeug wie einst D'Artagnan von den „Drei Musketieren“ mit dem Säbel beim Fechtkampf. Einfach perfekt. „Das ist alter Wiener Schule, Klaus“, sagte er mehr als einmal an solchen gemeinsamen Abenden in der Produktion.

Doch dann kam der Tag, an dem die Seitenproduktion digitalisiert wurde. Er verstand gar nicht, was die jungen Herren in den Maßanzügen ihm und uns allen erklärten. „Ja, aber wo machen wir denn demnächst die Seiten“, fragte er fast verzweifelt, um zu erfahren, dass das nun die Redakteure selbst am Computerbildschirm tun werden. Keine Leuchttische, keine Cutter und auch keine Metteure mehr.

Endlich wieder eine Kanzlerfamilie mit Kindern und Enkeln

In der Amtszeit von Angela Merkel als CDU-Bundesvorsitzende saß ich mal bei einem Bundesparteitag zusammen mit Delegierten aus dem Rheinland, also Jecken, im Saal und schaute auf die Reihen der Präsidiumsmitglieder oben auf der Bühne.

„Wenn ich mit unser Präsidium so anschaue, dann hat sogar die Deutsche Bischofskonferenz mehr Kinder als diese Damenriege...“, ätzte einer aus unserer Reihe und alle lachten, ich weniger, weil ich Witze über die Kirche Jesu, meine Kirche, nicht mag.

Aber eigentlich war es ja als ein Witz, der über Frau Merkel, Frau Schavan und andere kinderlose Frauen auf dem Podium gedacht war. Vielleicht auch nicht geschmackvoll, denn es ist natürlich die Sache der Frauen selbst, ob sie Kinder wollen oder nicht, ob sie vielleicht gar keine bekommen können. Das wissen wir doch nicht. Aber Humor im Rheinland, was soll ich sagen?

Jedenfalls habe ich heute einen T-Online-Podcast u. a. mit dem WELT-Journalisten Robin Alexander gehört, der daran erinnerte, dass wir nach langer Zeit wieder von einem Bundeskanzler regiert werden, der Kinder (3) und sogar Enkel (7) hat. Und eine Ehefrau namens Charlotte, die so gar nicht ins gewünschte Bild der Femo-Industrie passt, die ja denken, konservative oder gar christliche Frauen, die müssten alle so Anhängsel ihrer erfolgreichen Männer sein. Heimchen am Herd...

Charlotte Merz ist nichts davon, sie ist Mutter, Oma und beruflich immer noch erfolgreich tätig als Richterin.

Als Merz bei der Wahl zum Bundeskanzler im ersten Wahlgang im Mai durchfiel, zog er sich mit einer kleinen Handvoll enger Berater zurück in sein Bundestags-Büro. Ganz selbstverständlich mit dabei: Charlotte, seine Ehefrau, die sich aktiv an der Diskussion, wie nun weiter vorzugehen sei, beteiligte, wie Robin Alexander verriet.

